



universität  
wien

Fakultät für Sozialwissenschaften  
Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft

## Seminararbeit

# Politischer Parallelismus in Tageszeitungen. Analyse der Berichterstattung über die EU-Wahlen 2014

LV: UE Kommunikationsforschung

LvNr.: 220040

Gruppe 4

Thema: EU Wahlen 2014

LvLeiterIn: Jakob-Moritz Ebel

Sommersemester 2014

Vefasst von:

Romana Hofmann/Matr.Nr.: 1105505/Mail: [romanahofmann@gmx.at](mailto:romanahofmann@gmx.at)/StKZ: 033641

Claudia Varga/Matr. Nr.: 0809382/Mail: [claudia.varga90@gmail.com](mailto:claudia.varga90@gmail.com)/StKZ: 033641

Alen Velagic/Matr. Nr.: 0701519/Mail: [alen.velagic@gmx.at](mailto:alen.velagic@gmx.at)/StKZ: 033641

Lara Weiskopf/Matr.Nr.: /Mail: [lara.weiskopf@hotmail.de](mailto:lara.weiskopf@hotmail.de)/StKZ: 033641

# Inhalt

1. Einleitung: .....	3
2. Erkenntnisinteresse: .....	4
3. Forschungsfragen .....	5
4. Hypothesen .....	6
5. Forschungsstand:.....	7
6. Theoretischer Rahmen .....	12
7. Methodendesign .....	15
8. Quellenverzeichnis.....	21

## 1. Einleitung

Im Rahmen der Lehrveranstaltung Kommunikationsforschung mit dem Schwerpunkt auf die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 widmen wir unsere Forschungsarbeit dem Thema Politischer Parallelismus.

Es steht ganz außer Frage, dass eine immer zunehmende medientechnische Vernetzung der Gesellschaft zu beobachten ist und der Zugang zu Massenkommunikation sehr wichtig für die Teilnahme an einer Informations- und Mediengesellschaft geworden ist. Wie Sarinelli (1991 zit. n. Schulz 2011: 31) bemerkte, trägt Massenkommunikation zur Orientierung und Sinnstiftung innerhalb der Gesellschaft bei. Demnach stellen Massenmedien die wichtigste und oftmals die einzige Vermittlungsinstanz zwischen BürgerInnen und Politik, den politischen AkteurInnen und Organisationen dar.

Auf der Systemebene beschreibt Ulrich Saxer das Verhältnis Medien und Politik mitunter als „Symbiose“, die beiden Systeme sind voneinander abhängig und beeinflussen sich gegenseitig (Saxer 1981: 509 ff). Der Politische Parallelismus und damit die Beeinflussung politischer Ideologie auf die Berichterstattung und umgekehrt sind sowohl politisch, als auch sozialwissenschaftlich ein vielfach untersuchter Forschungsgegenstand. Es geht dabei nicht nur um die Inanspruchnahme von Medien auf politische Umstände, sondern auch um die Abhängigkeit der Politik von medialen Leistungen in einem demokratischen Mediensystem.

Ein Großteil der Interaktionen zwischen politischen Handlungen findet in der Öffentlichkeit statt, besonders in der medialen Öffentlichkeit, in der politische Inhalte und ihre AkteurInnen von Medien und über diese getragen werden. Politische AkteurInnen instrumentalisieren Medien für ihre Zwecke und setzen sie zu ihrem persönlichen Nutzen ein. In diesem Fall trägt der Publizist bei der Nachrichtenproduktion nicht mehr die Rolle als Anwalt der Gesellschaft, sondern lenkt die öffentliche Meinung bewusst auf politische Tendenzen.

In Österreich nimmt diese Beeinflussung eine besondere Stellung ein, da sich die Medienberichterstattung durch hohe Pressekonzentration, starke Professionalisierung und Rückgang des Interesses für politische Information kennzeichnet. Diese Faktoren können Ursachen für den hohen Politischen Parallelismus in den österreichischen Medien sein.

Politischen Parallelismus gibt es überall auf der Welt, in manchen Mediensystemen mehr und in manchen weniger. Kein seriöser Medienanalyst würde je argumentieren, dass Journalismus irgendwo auf der Welt buchstäblich neutral ist. Nachrichten inkorporieren politische Werte, die aus einer Anzahl von Einflüssen, Routinen in der Informationsbeschaffung durch ausgewählte Journalisten entstehen und ideologische Thesen der breiten Gesellschaft wiedergeben (Hallin/Mancini 2014: 26 ff.). Wie oben bereits festgestellt, tragen Medien wesentlich zur Informationskultur und zur Integration von BürgerInnen in die Gesellschaft bei. Damit durchdringen Medien auch politische Ideologien, Parteien, Organisationen und die politische Öffentlichkeit. Die medientypischen Selektionen und Codierungen beeinflussen somit auch sehr stark die politische Einstellung der MediennutzerInnen und können sogar wahlentscheidend sein – zugunsten der jeweiligen politischen KandidatInnen.

Die Wechselbeziehungen zwischen Mediensystemen und Politik zu untersuchen, würde den Rahmen dieser Seminararbeit sprengen. Das haben Daniel C. Hallin und Paolo Mancini (2004) in ihrer umfassenden Vergleichsstudie „Comparing Medias Systems“ bereits unternommen, diese dient auch der theoretischen Grundlage der vorliegenden Arbeit. Sie beschäftigt sich mit der empirischen Analyse der österreichischen Berichterstattung über die EU-Wahl 2014 mit dem Blick auf den sogenannten „Politischen Parallelismus“. Dieser Begriff stützt sich auf die Studienergebnisse von Hallin und Mancini, die untersucht haben, dass in vergleichbaren Mediensystemen, Verknüpfungen zwischen politischen Akteuren und Medien zu finden sind. Sie stellten fest, dass es Zusammenhänge zwischen politischer Ideologie in der Berichterstattung und politischen Parteien und AkteurInnen gibt. (Hallin/Mancini 2004: 21 ff).

## 2. Erkenntnisinteresse

Auf der einen Seite beeinflussen Medien die Politik, auf der anderen Seite wird die Nachrichtenproduktion ebenfalls von Politik beeinflusst. Auch die Gatekeeper-Forschung lässt darauf schließen, dass die politische Orientierung von JournalistInnen Einfluss auf die Nachrichtenproduktion hat und zur Verzerrungen der dargestellten politischen Wirklichkeit führen kann. Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit ausgewählten Indikatoren, die auf eine Verbindung zwischen der politischen Ausrichtung ausgewählter Medien und die Aufnahme politischer Inhalte in die Berichterstattung hinweisen.

Dieses Phänomen wird in der Wissenschaft als „Politischer Parallelismus“ (Hallin/Mancini 2004: 21 ff) bezeichnet, der davon ausgeht, dass es in ausgewählten Mediensystemen einen Zusammenhang zwischen der Berichterstattung durch Journalisten und politischer Ideologie gibt. Mittels einer quantitativen Inhaltsanalyse wollen wir ausgewählte Variablen untersuchen, die Aufschluss über Verbindungen zwischen publizistischen Auftrag und politischer Ausrichtung in der Nachrichtenproduktion geben. Der untersuchte Forschungsgegenstand ist die Berichterstattung über die EU-Wahlen 2014 im Zeitraum von 14.04.2014 bis 25.05.2014 der Print-Tageszeitungen „Der Standard“, „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“. Da diese Zeitungen als auflagenstark und politisch einordbar gelten, entschieden wir uns für diese Auswahl.

An dieser Stelle gilt es festzustellen, dass es eine natürliche Affinität einzelner Medien zu bestimmten politischen Parteien gibt und die Beziehungen zwischen Mediensystemen und Politik nie ganzheitlich unbeeinflusst sind. Die Medienlandschaft in Österreich ist ein guter Beweis dafür. Diese ist durch Verflechtungen und Beteiligungen der österreichischen Medienriesen und hohe Konzentration und hohe Marktanteile gekennzeichnet. Die Beziehungsgeflechte der österreichischen Medien nehmen wir als gegeben hin, sie werden keine Berücksichtigung in der empirischen Analyse haben, sehr wohl aber für die Untermauerung der Schlussfolgerungen herangezogen.

Die Arbeit soll nicht darüber Aufschluss geben, welche medienpolitischen Hintergründe die jeweiligen Wechselbeziehungen zwischen den ausgewählten Medien und Parteien haben, sondern ob diese in der Berichterstattung anlässlich der EU-Wahlen 2014 feststellbar sind und an welchen Indikatoren diese gemessen werden können. Die Ergebnisse dieser Arbeit liefern nur einen stark begrenzten und kleinen Ausschnitt über die tatsächlichen Auswirkungen von Politischen Parallelismus. Unsere Befunde sollen daher so verstanden werden, dass sie Anregungen für weitere Forschungsarbeiten zu diesem Thema liefern.

### 3. Forschungsfragen

FF: Inwiefern ist über die Berichterstattung zum EU-Wahlkampf 2014 eine Nähe der Tageszeitungen „Der Standard“ und „Die Presse“ zu bestimmten politischen Ideologien erkennbar?

#### 4. Hypothesen

H1a: Der Standard räumt SPÖ und Grünen mehr Wortanzahl in der EU-Wahl Berichterstattung ein, als der ÖVP und FPÖ, da er sich als linksliberales Medium einordnet.

H1b: Die Presse räumt FPÖ und ÖVP mehr Wortanzahl in der EU-Wahl Berichterstattung ein, als SPÖ und Grüne, da sie sich als liberal-konservatives Medium einordnet.

H1c: Die Kronen Zeitung räumt FPÖ mehr Wortanzahl in der EU-Berichterstattung ein, als den anderen Parteien.

H2a: Die Presse berichtet häufiger über Themen der ÖVP und FPÖ, weil ihre Blattlinie liberal-konservativ ausgerichtet ist.

H2b: Der Standard berichtet häufiger über Themen der SPÖ und Grüne, weil ihre Blattlinie links-liberal ausgerichtet ist.

H2c: Die Kronen Zeitung berichtet häufiger über Themen der FPÖ, weil sie der EU gegenüber kritisch eingestellt sind.

H2d: Die Presse berichtet häufiger über die politischen HauptakteurInnen der ÖVP und FPÖ, weil ihre Blattlinie liberal-konservativ ausgerichtet ist.

H2e: Der Standard berichtet häufiger über politische HauptakteurInnen der SPÖ und Grüne, weil ihre Blattlinie links-liberal ausgerichtet ist.

H2f: Die Kronen Zeitung berichtet häufiger über die politischen HauptakteurInnen FPÖ und Harald Vilimsky, weil sie der EU gegenüber kritisch eingestellt sind.

H3a: Je positiver die Bewertungen der politischen HauptakteurInnen der Parteien SPÖ und Grüne in Der Standard sind, desto mehr tendiert das Medium zu einer linksliberalen politischen Ideologie.

H3b: Je negativer die Bewertungen der politischen HauptakteurInnen der Parteien ÖVP und FPÖ in Der Standard sind, desto weniger tendiert das Medium zu einer liberal-konservativen politischen Ideologie.

H3c: Je positiver die Bewertungen der politischen HauptakteurInnen der Parteien ÖVP und FPÖ in Der Presse sind, desto mehr tendiert das Medium zu einer liberal-konservativen politischen Ideologie.

H3d: Je negativer die Bewertungen der politischen HauptakteurInnen der Parteien SPÖ und Grüne in Der Presse sind, desto weniger tendiert das Medium zu einer linksliberalen politischen Ideologie.

## 5. Forschungsstand:

Im Folgenden wird ein kurzer historischer Abriss über die Entstehung von Politischen Parallelismus und seine Entwicklung unternommen. Anschließend werden empirische Studien erläutert, in die analytische Zuordnung der politischen Ausrichtung von Medien zu unternommen wurde. Am Ende des Kapitels werden die politischen Ausrichtungen der ausgewählten Tageszeitungen und Parteien anhand von Studienergebnissen dargestellt.

In der bereits oben genannten Studie „Comparing Media Systems“ von Hallin und Mancini (2004) wird über den Politischen Parallelismus beschrieben, dass seit den Anfängen des Zeitungsdrucks, genauer in der Zeit der Reformation, politische Anwaltschaft eine zentrale Funktion für die Druckmedien darstellte. Als sich die Tageszeitung im späten 18. und frühen 19. Jahrhundert zunehmend zu einer wichtigen Kraft im politischen Leben entwickelten, entwickelte sich politische Anwaltschaft zur Hauptfunktion in den Mediensystemen jener Länder, die in ihrer Studie „Comparing Media Systems“ beschrieben werden. Der politische Journalist sah sich in der Rolle des Publizisten, der öffentliche Meinung im Namen der politischen Interessensgruppen oder aus einem Ereignis heraus, beeinflussen kann. In den meisten Fällen entstanden Tageszeitungen aufgrund der Initiative von politischen Parteien und AkteurInnen oder wurden zumindest von ihnen unterstützt. In Österreich kam im Zuge der Parlamentarisierung des politischen Lebens seit dem Februarpatent 1861 und der Pressefreiheit 1867 der Presse die Funktion zu, für politische Belange Öffentlichkeit herzustellen und politische Position zu beziehen. Parallel zur Etablierung politischer Parteien bekannten sich auch die Zeitungen zu politischen Standpunkten. Nachdem hinter den auflagenstärksten Zeitungen bürgerliche Geschäftsleute standen, ordnete man ihre politische Haltung eher „liberal“ ein, die im Auftrag einer „bürgerlichen“ Gesellschaft agierten (Seethaler/Melischek 2006: 339). Medienschaffende jedoch betonten stets ihre Unabhängigkeit gegenüber den Parteien.

Im späten 19. Jahrhundert begann sich ein Kontrast-Modell von politischem Journalismus zu entwickeln, in welchem der Journalist als neutraler Schiedsrichter über politische Kommunikation gesehen wurde, der abseits von Partikularinteressen und Streitigkeiten stand. Er stellte Informationen bereit und analysierte sie „ungefärbt“ von irgendetwas Parteilichkeit (Hallin/Mancini 2014: 26.). Die Entwicklung der freien Presse, der Parteien und Interessensverbände führte gegen Ende des 19. Jahrhunderts nicht nur in der Parteienzeitung zur organisato-

rischen Identität, sondern der Parallelismus prägte die journalistische Kultur als Ganzes. Der „Publizist“ agierte wie ein gesellschaftlicher „Anwalt“ im Interesse des Gemeinwohls. Die Tradition des politischen Parallelismus prägt auch bis heute das journalistische Selbstverständnis und auch die politische Berichterstattung.

Die Intensität des Politischen Parallelismus in den jeweiligen Mediensystemen unterscheidet sich am größten durch die Stärke der Verbindungen zwischen Medien und politischen Akteuren und der Balance zwischen Anwaltschaft und neutralen/informatorischen Traditionen des politischen Journalismus. Auch wenn die klassische Parteipreise heutzutage beinahe verschwunden ist, und auch wenn die politischen Tendenzen europäischer Tageszeitungen verschwommener sind als damals, bleiben bestimmte politische Tendenzen bestehen, – das gilt nicht nur für Tageszeitungen, sondern auch für elektronische Medien. Hallin und Mancini (2004: 26) nennen als Komponente für die Stärke der Verbindungen auch die organisatorische Verknüpfung zwischen Medien und politischen Parteien oder anderen Arten von Organisationen, darunter auch Gewerkschaften, Genossenschaften, Kirchen und diejenigen, die oft mit politischen Parteien verbunden werden. Während des 20. Jahrhunderts waren viele Medienorganisationen mit solchen Institutionen verbunden, weil sie sie förderten und sie der Publikation ihrer Inhalte unterstützen. Für die Organisationen waren die Medien in vielerlei Hinsicht sehr nützlich, sie halfen ihnen bei der Verwirklichung politischer Ziele. Heutzutage sind diese Verbindung nur noch schwach ausgeprägt.

Weiteres ist politischer Parallelismus auch in der Parteilichkeit des Massenpublikums verankert. Je nachdem wie stark es mit verschiedenen Parteien oder Ideologien sympathisiert, werden entsprechend politisch eingestellten Zeitungen gekauft oder Fernsehkanäle angesehen. Die journalistische Rollenorientierung prägt dabei die publizistische Praxis und gibt die Ausrichtung der Massenmedien vor. Diese kann sich entweder in hohem Politischem Parallelismus äußern, wenn JournalistInnen die „PublizistInnen“-Rolle wie im politischen Journalismus einnehmen und die Berufsorientierung auf die Beeinflussung der öffentlichen Meinung ausgerichtet ist. Oder JournalistInnen sehen sich inzwischen mehr als Bewahrer der neutralen Information oder Unterhaltung, eine solche Orientierung würde man als geringen Politischen Parallelismus sehen. (Hallin/Mancini 2014: 28 ff.).

An dieser Stelle soll der sogenannte „news bias“ zitiert werden, der als bewusste Strategie der Medien interpretiert wird, politischen Einfluss zu nehmen (Berkel 2008: 248). Hier wird die



objektive Berichterstattung vorsätzlich verzerrt und eine potentielle Verletzung des Objektivitätsmaßstabs nachgesagt. Eine Folge davon ist, dass die Medien als Institutionen oder – aus personalisierter Perspektive – die Journalisten verdächtigt werden, ihre Rolle zu missbrauchen, um politische Präferenzen zu verfechten. Auch die staatliche Abhängigkeit hat die Presse anfällig für verschiedene Formen der politischen Parteinahme gemacht, die sowohl in Nachrichten als auch in Kommentaren erkennbar ist. Schulz dagegen (Schulz 2011: 67) tadelt die vorsätzliche Verzerrung nach Berkel (2008) als „Fehlverhalten“ von Journalisten oder als „strukturelles Unvermögen“ der Medien. Das wichtigste Korrektiv des Meinungsjournalismus sei die Trennung von Nachricht und Meinung. Jandura und Großmann (2003, zit. n. Berkel 2008: 247) unterscheiden drei unterschiedliche Herangehensweisen, um potentielle Verstöße gegen die Regel der Trennung von Nachricht und Meinung zu untersuchen:

- 1) inwiefern färbt die in den Kommentaren abgebildete Linie einer Zeitung auch die Nachrichteberichterstattung,
- 2) Neigung der Massenmedien über Akteure zu berichten, die die jeweilige redaktionelle Linie unterstützen,
- 3) Art der Verzerrung durch die Parallelisierung der Themenagenden in Nachrichten und Kommentaren.

In einer repräsentativen Studie wurde die Berichterstattung über den Österreichischen Nationalratswahlkampf 2008 unter den Aspekten der Medienzentrierung der Politik, Trends der Wahlkampfvermittlung, Personalisierung, Negativismus und Entsachlichung untersucht (Lengauer/Vorhofer 2010: 145). Die Autoren Lengauer und Vorhofer vertreten den Standpunkt, dass Medien die zentrale Arena der Politikvermittlung in Österreich sind, damit kommt der wahlkampfbegleitenden und –reflektierenden Berichterstattung eine wichtige Bedeutung zu.

Darüber hinaus beeinflussen Nachrichtenfaktoren beziehungsweise Nachrichtenwerte das Konzept des politischen Parallelismus enorm, denn unabhängig von ideologischen Präferenzen der AkteurInnen, nehmen diese eine immer wichtigere Rolle in Bezug auf Selektionsentscheidungen ein. Als Folge davon ist, dass reportage- und informationsorientierte Selbstverständnisse an Bedeutung gewinnen. Diese Tendenzen sind unter anderem als Resultat der Autonomisierung der Massenmedien und Befreiung aus politischen Abhängigkeiten anzusehen. Trotzdem ist zu berücksichtigen, dass auf Ebene der einzelnen MedienakteurInnen weiterhin

„eine Spannung zwischen der medienspezifischen Orientierung an Nachrichtenwerten und der jeweiligen politisch-ideologischen Profilierung besteht, (...).“ (Lüter 2008: 76f). Zu diesen Nachrichtenwerten gehört nach Galtung und Ruge auch die Personalisierung als Faktor, denn je stärker ein Ereignis personalisiert ist, das das Handeln oder Schicksal von Personen darstellt, desto höher wird ihr Nachrichtenwert. Die Parteipräferenz ist nicht allein das ausschlaggebende Kriterium in den von den Medien hoch personalisierten Wahlkämpfen. Jenseits von Parteiloyalitäten rückt auch die Kandidatenorientierung als ein Bestimmungsfaktor des Wählerverhaltens in der Wahl- und Parteienforschung in den Vordergrund (Lüter 2008: 132).

Inhaltsanalysen der Berichterstattung über innenpolitische Themen bei Kepplinger (1985), Hagen (1993) und Lüter (2004) ergeben eine Einordnung deutscher Tageszeitungen von links nach rechts. Die Studie „Comparing Media Systems“ von Hallin und Mancini (2004) jedoch plädiert auf einer Charakterisierung politischer Orientierung bei Zeitungen nach „links von der Mitte“ oder „rechts von der Mitte“. Zum Beispiel zählt in Deutschland die Frankfurter Allgemeine zu „rechts von der Mitte“, die Süddeutsche Zeitung zu „links von der Mitte“. In manchen Ländern sind klare politische Ausrichtungen mehr und in manchen weniger zu erkennen - das nicht nur für Tageszeitungen, sondern auch für elektronischen Medien (Hallin/Mancini 2004: 27).

In der vorliegenden Arbeit wurden die ausgewählten österreichischen Medien nicht wie es der *party-press-parallelism* nach Seymour-Ure (1974) meint, in „rechts“ und „links“ unterteilt, sondern in detailliert gefassten politische Ideologien wie sie die eurotopics-Presseschau - ein Portal der deutschen Bundeszentrale für politische Bildung, das die europäische Berichterstattung beobachtet – vorgibt. Die Unterscheidung nach Hallin und Mancini (2004) zwischen „links von der Mitte“ und „rechts von der Mitte“ kann auf die Tageszeitungen „Der Standard“ und „Die Presse“ angewendet werden. Die theoretische Grundlage für die politische Ausrichtung der „Kronen Zeitung“ liegt den Studienergebnissen von Florian Arendt (2013) zugrunde, der die Wirkung der Kronen Zeitung auf die LeserInnenschaft erforschte und eine sehr kritische Haltung gegenüber der Europäischen Union inhaltsanalytisch gemessen hat.

Medium	Politische Ausrichtung oder Blattlinie
Der Standard	Linksliberal = links von der Mitte <i>Die Zeitung gehört keinem Medienkonzern an und sieht sich außerhalb der</i>

	<p><i>dominierenden politischen und wirtschaftlichen Machtaufteilung in Österreich zwischen Sozialdemokraten (SPÖ) und Volkspartei (ÖVP). Der Standard erreicht mittlerweile mehr Leser als sein direkter Konkurrent Die Presse.</i></p> <p>Herausgeber: Oscar Bronner</p>
Die Presse	<p>Liberal-konservativ = rechts von der Mitte</p> <p><i>Die Presse ist eines der traditionsreichsten Blätter Österreichs und begann schon als eher konservative Zeitung im Revolutionsjahr 1848. Bis heute ist sie die Zeitung des österreichischen Bildungs- und Beamtenbürgertums. Politisch geht Die Presse mittlerweile auf Distanz zur Volkspartei ÖVP und öffnet sich Themen einer grünen Leserschaft, hat aber ihre katholische Prägung behalten.</i></p> <p>Herausgeber: Styria Medien AG</p>
Kronen Zeitung	<p>Euroskeptisch</p> <p><i>Die Kronen Zeitung, kurz Krone, dominiert den österreichischen Tageszeitungsmarkt: Fast drei Millionen Menschen lesen die Boulevardzeitung, die sich durch einfache Sprache und kurze Artikel kennzeichnet und am ehestens als massenfokussiert beschreiben lässt. In der öffentlichen und veröffentlichten Meinung wird bezüglich der „Macht“ der Krone viel spekuliert. Studien ergeben, dass die negative Berichterstattung über die EU und ihren Themen, sowie politischen Akteuren, einen starken Einfluss auf die negative EU-Einstellung der LeserInnen hat.</i></p> <p>Herausgeber: Christoph Dichand</p>

**Tab. 1:** Blattlinien von „Der Standard“ und „Die Presse“ (Eurotopics 2014).

Blattlinie Kronen Zeitung, (Arendt, Florian „Wie wirkt die Krone?“, Ausgabe 2/2010 12.06.2013 <http://www.medienimpulse.at/articles/view/210>)

Die Charakterisierung der politischen Ausrichtung der untersuchten österreichischen Parteien beruht auf die Anordnung der Parteien auf einer Links-rechts-Achse. Im Rahmen eines AUTNES Projekts wurden ExpertInnen befragt, die österreichischen Parteien einzuordnen. (Kitzinger 2014: 73). Am linken Ende des Spektrums sind die Grünen und die SPÖ, fast genau in der Mitte liegt die ÖVP und weiter rechts die FPÖ.

Partei	Name	EU-Partei	KandidatIn	Ausrichtung
<b>ÖVP</b>	Europäische Volkspartei	Europäische Volkspartei (EPP)	Othmar Karas	Liberal-konservativ = rechts
<b>SPÖ</b>	Sozialdemokratische Partei Österreichs	Sozialdemokratische Partei Europas (PES)	Eugen Freund	Sozialdemokratisch = links
<b>FPÖ</b>	Freiheitliche Partei Österreichs	Europäische Allianz für Freiheit (EAF)	Andreas Mölzer, Harald Vilimsky	Rechtspopulistisch, rechtskonservativ, europaskeptisch = rechts
<b>GRÜNE</b>	Die Grünen – Die Grüne Alternative	Europäische Grüne Partei (EGP)	Ulrike Lunacek	ökosozial, Regional, = links

**Tab. 2:** Die untersuchten Parteien.

## 6. Theoretischer Rahmen

Die Verortung des Politischen Parallelismus bezieht sich auf das Konzept von Daniel C. Hallin und Paolo Mancini (2004) als eines der Phänomene in demokratisch-korporatistischen Mediensysteme nordamerikanischer und westeuropäischer Länder, zu denen auch Österreich zählt (Hallin/Mancini 2004: 25).

Die theoretische Grundlage der Seminararbeit bildet die Erforschung der Interdependenzen zwischen Massenmedien und demokratisch aufgebauten politischen Systemen nach dem theoretischen Modell, die Daniel C. Hallin und Paolo Mancini (2004) für die liberalen Demokratien Westeuropas und Nordamerikas einen überzeugenden Entwurf für eine vergleichende Analyse von Mediensystemen definiert haben.

	<b>Mediterranes bzw. polarisiert-pluralistisches Modell</b>	<b>Nord- und mitteleuropäisches bzw. demokratisch-komparatistisches Modell</b>	<b>Nordatlantisches bzw. liberales Modell</b>
Länder	<i>Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Spanien</i>	Belgien, Dänemark, Deutschland, Finnland, Niederlande, Österreich,	Großbritannien, Irland, Kanada, USA

		Schweden, Norwegen, Schweiz	
Zeitungswirtschaft	Niedrige Zeitungswirtschaft; an der politischen Elite orientierte Presse	Hohe Zeitungswirtschaft; frühe Entwicklung einer Massen- presse	Mittlere Zeitungswirtschaft; frühe Entwicklung einer Massenpresse
Politischer Parallelismus	Hoher politischer Paralle- lismus; Meinungsjournalis- mus; externer Pluralismus; öffentlich-rechtlicher Rund- funk: „politics-over- broadcast“-System	Hoher politischer Paralle- lismus; historisch bedeutsa- me Parteipresse, aber zu- nehmende Kommerzialisie- rung; Meinungsjournalis- mus; externer Pluralismus; öffentlich-rechtlicher Rund- funk: „politics-over- broadcast“-System mit journalistischer Autonomie	Unabhängige, kommerzielle Presse; Nachrichtenjourna- lismus; interner Pluralismus; öffentlich-rechtlicher Rund- funk; autonomes, professio- nelles Modell
Professionalisierung	Schwache Professionalisie- rung; Instrumentalisierung von JournalistInnen	Hohe Professionalisierung; institutionalisierte Selbst- kontrolle	Hohe Professionalisierung; nicht-institutionalisierte Selbstkontrolle
Rolle des Staates in Bezug auf die Medien	Starker Staatsinterventio- nismus; Perioden der Zen- sur; drastische Deregulie- rung	Starker Staatsinterventio- nismus, aber mit Schutz der Pressefreiheit; Presseförde- rung; starker öffentlich- rechtlicher Rundfunk	Marktmodell dominierend

**Tab. 3:** “Models of Media and Politics” – Merkmale des Mediensystems (Hallin/Mancini 2004: 67)

In vergleichbaren Mediensystemen finden Daniel C. Hallin and Paolo Mancini Verknüpfungen zwischen politischen Akteuren und Medien definieren sie vier Dimensionen: 1) Die Entwicklung von Medienmärkten, insbesondere die Verbreitung von Tageszeitungen 2) Politischer Parallelismus, also der Grad der Abbildung politischer Konfliktlinien auf dem Markt der Medienanbieter, 3) die Entwicklung von journalistischer Professionalität und 4) der Grad an staatlicher Intervention in das Mediensystem. Nach diesen vier Dimensionen wurden die Mediensysteme in drei Idealtypen kategorisiert: a) Mediterranes bzw. polarisiert-pluralistisches Modell, b) Nord- und mittel-europäisches bzw. demokratisch-komparatistisches Modell und c) Nordatlantisches bzw. liberales Modell (Hallin/Mancini 2004: 66). Diese drei Kategorien der Idealtypen wurden auf der Basis von 18 untersuchten Ländern Nordamerikas und Westeuropas aufgestellt. Österreich findet sich u.a. mit Deutschland und der Schweiz in der Kategorie b) Nord- und mittel-europäisches bzw. demokratisch-komparatistisches Modell. Es wird auch argumentiert, dass sich Mediensysteme der gleichen Weltregionen oft ähnlich entwickeln, da sie auf verwandten Mentalitäten und Kulturen basieren und sich so gegenseitig be-

einflussen tun. (Blum 2005: 6; zit. n. Hallin/Mancini 2004: 66-75). Bei ihrer Untersuchung stellten Hallin und Mancini fest, dass der politische Parallelismus in mediterranen Raum stärker ausgeprägt ist, als beispielsweise im atlantischen Raum. Ebenso bewerten sie die Staatskontrolle über die Medien in Südeuropa stärker als in Nord- und Mitteleuropa, wo eine Autonomie des Service Public-Prinzips vorherrscht. Durch die frühe Demokratisierung Nord- und Mitteleuropas ist der Pluralismus organisiert und segmentiert. (Blum 2005: 7 zit. n. Hallin/Mancini 2004: 66-75).

Das Konzept des Politischen Parallelismus hat jedoch seinen Ursprung in Colin Seymour-Ure's „The Political Impact of the Mass Media“ (Seymour-Ure: 1974). Colin Seymour-Ure hat in diesem Zusammenhang die These des „party-press-parallelism“ formuliert, die auf der Beobachtung beruht, dass sich viele Zeitungen in Europa auch nach dem Niedergang der Parteipresse auf einer politischen Skala von links nach rechts einordnen lassen.

Diese wortwörtliche Eins-zu-eins-Beziehung von Zeitungen und politischen Parteien ist zunehmend unwahrscheinlich geworden. Hallin und Mancini schlagen daher vor, das Ausmaß, in dem eindeutige politische Richtungen die aktuelle Nachrichtenberichterstattung und manchmal sogar die Unterhaltungsteile von Medien prägen, als „political parallelism“ zu bezeichnen (Hallin/Mancini 2004: 28).

Hallin und Mancini sind weiteres der Meinung, dass in den meisten west-europäischen Ländern, Parallelismus eine wesentliche Charaktereigenschaft für das Mediensystem sind und in manchen mehr als in anderen. Den vergleichenden Untersuchungen zufolge gibt es deutliche Unterschiede in Art und im Ausmaß des Einflusses politischer Überzeugungen auf die Berichterstattung. Eine Affinität einzelner Medien zu bestimmten politischen Parteien ist für die demokratisch-korporatistischen Staaten im westlichen Mitteleuropa und in Skandinavien deutlicher. Hier weisen die Mediensysteme hohes Maß an politischem Parallelismus auf (Hallin/Mancini 2004 zit. n. van Kempel 2007: 304). Dies wird durch Kommentare hervorgehoben. Obwohl die Berichterstattung neutral wirkt, lassen sich politische Positionen durch Auswahl und Präsentation der Nachrichten zuordnen. (Schulz 2011: 105; Nach: Hallin/Mancini: 2004). Inhaltsanalysen der Berichterstattung über innenpolitische Themen ergeben üblicherweise eine Einordnung deutscher Tageszeitungen von links nach rechts (Kepplinger 1985/Hagen 1993/Lüter 2004 zit. n. Berkel 2008: 248). In der komparativen Forschung werden Zeitungen meist als „links von der Mitte“ oder „rechts von der Mitte“ kategorisiert (Hal-

lin/Mancini 2004). In Bezug auf europapolitische Themen eigne sich diese Trennung nach Konfliktlinien laut Europaforscher nicht, da der föderale Gedanke, die EU als Verband und die regionalen und nationalen Unterschiede eine klassische links-rechts Klassifizierung nicht zulassen (Berkel 2008: 248).

Es ist darüber hinaus ein Wandel in der Medienlandschaft zu erkennen, nämlich dass sich die Medieninteressen weg vom klassischen politischen Parallelismus verschieben. Durch den Abbau der traditionellen ideologischen Polarisierungen, abnehmende Parteibindungen und vermehrte WählerInnenmobilität werden zu einer Erweiterung des Marktes für den Parteienwettbewerb und damit zu einer Aufwertung der Rolle der Medien beigetragen (Swanson/Mancini 1996 zit. n. Seethaler/Melischek 2006: 345).

Trotzdem darf auch der klassische politische Parallelismus nicht ausschließlich negativ betrachtet werden, denn die Koexistenz eines ausgeprägten politischen Parallelismus und eines hohen Professionalisierungsgrad des Journalismus bilden ein charakteristisches Strukturmerkmal eines Mediensystems im demokratisch-korporatistischen Modell (Hallin/Mancini 2004, 145). Die erste Koexistenz hat Auswirkungen auf das Verhältnis von Medien und politischen Akteuren, die zweite auf die journalistische Berufsauffassung. Diese gründet sich auf journalistische Autonomie in der Nachrichtenerstellung, sichtbare professionelle Normen, wie Ehtikkodices, und sie im Auftrag der Öffentlichkeit arbeiten.

## 1. Methodendesign

### **7.1 Die Inhaltsanalyse**

Die zentrale Methode in den Sozialwissenschaften ist die Inhaltsanalyse. Auch in der vorliegenden Seminararbeit wurde diese als empirische Methode gewählt. Im folgenden Kapitel sollen die Methode und das Instrument an sich mit seinem kommunikationswissenschaftlichen Stellenwert zu einer Beschreibung finden.

Bei der Inhaltsanalyse handelt es sich um eine sozialwissenschaftliche Methode, die sich vor allem in den letzten Jahrzehnten in Wissenschaften, wie der Ethnologie, Soziologie, Politikwissenschaft, Psychologie, Pädagogik oder den Kommunikationswissenschaften etablieren konnte. Zentrales Element und Ziel der Inhaltsanalyse ist das Verstehen – die Hermeneutik.

Dabei wird von sprachlichem Material auf nichtsprachliche Phänomene rückgeschlossen (vgl. Lamnek 2005: 478). Im Prinzip werden zum Zweck der wissenschaftlichen Inhaltsanalyse vorwissenschaftliche, alltägliche Situationen systematisiert und objektiviert, um anschließend Bedeutungen des Kommunizierten zu verstehen und um Schlüsse daraus zu ziehen (vgl. Mayntz et al., 1974: 151). Berelson (1954) definiert die bei dieser Arbeit angewandte Methode folgendermaßen:

„Die Inhaltsanalyse ist eine Forschungstechnik zur objektiven, systematischen und quantitativen Deskription von manifestem Kommunikationsinhalt.“

Auch bei Ritserts (1975) Definition wird deutlich, dass der/die ForscherIn sich im Zuge einer Inhaltsanalyse mit der Systematisierung von Daten beschäftigt:

„Klassifikation von symbolischem Material durch wissenschaftlich geschulte Beobachtung, die auf explizite Zuordnungs- und Verfahrensregeln gestützt, beurteilen sollen, welche Teile des Textmaterials unter die Kategorien des Untersuchungsschemas fallen.“

Objektivität und Systematik sind unabdingbare Charakteristika sowohl der quantitativen, als auch der qualitativen Forschung. Die Forderung nach Objektivität in der Wissenschaft ist durch möglichst präzise Operationalisierung der verwendeten Begriffe zu gewährleisten. Am idealsten wäre es, wenn mehrere Forscher unabhängig voneinander dieselben Materialien untersuchen und zum gleichen Ergebnis kommen würden. Wichtig zu erwähnen ist jedoch, dass auch die bestmögliche Objektivierung nicht zur absoluten Wahrheit führen kann. Daher ist es wichtig, dass das Messbarmachen der Variablen intersubjektiv nachvollziehbar und kritisierbar bleibt (vgl. Lamnek 2005: 494).

Inhaltsanalysen werden vor allem dann angewendet, wenn Kommunikationsinhalte im Vordergrund stehen. Von großer Bedeutung ist, dass bereits im Vorhinein ein operationales Kategorienschema formuliert werden kann. Im Optimalfall liegt zu Beginn der Erhebung der Daten bereits eine präzisierete Forschungsfrage vor und ebenso ein Interesse an bestimmten Variablen, die zur Hypothesengenerierung nützlich sind (vgl. Merten 1995).

Ursprünglich wurden als Inhaltsanalyse (=Content Analysis) jene Methoden bezeichnet, die sich mit der reinen quantifizierbaren Auszählungen und Messungen von absoluten und relativen Häufigkeiten, Wortanzahlen oder Flächeninhalten beschäftigten. Später wurde die Inhaltsanalyse auf syntaktische, semantische und paradigmatische Ebene ausgeweitet (vgl. Herkner 1974).



Die Abgrenzung zu anderen Analysevorgängen gestaltet sich schwierig. Spricht man von einer Inhaltsanalyse, wo kann darunter ein sehr breites Feld von inhaltsanalytischen Vorgehensweisen verstanden werden. Es handelt sich also bei einer Inhaltsanalyse eher um eine Forschungsstrategie, als um eine einzelne textanalytische Methode. Mayring, der eigentliche Begründer der qualitativen Inhaltsanalyse in den 1980er Jahren, versteht unter einer Inhaltsanalyse „ein Bündel an Verfahrensweisen zur systematischen Textanalyse“. Wobei an dieser Stelle erwähnt werden sollte, dass es sich bei der Analyse nicht ausschließlich um Texte handeln muss, sondern ebenso Bilder, Videos, Dokumente oder anderes kommunikatives Material zur Interpretation herangezogen werden kann (vgl. Lamnek 2005: 491ff.).

## 7.2 Vorgehensweise

Im Folgenden soll näher auf den allgemeinen Forschungsablauf eingegangen werden. Atteslander, u.a. (2006) gliederten diesen folgendermaßen:

- Aufstellen der Hypothesen
- Grundgesamtheit und Stichprobe festlegen
- Untersuchungsmaterial beschaffen
- Untersuchungseinheit festlegen
- Kategoriensystem entwickeln und testen (Pretest)
- Codierung (Textdaten in numerische Daten) durchführen
- Statistische Auswertung anhand der Hypothesen
- (• Publikation der Ergebnisse)

Bei dieser Arbeit wurde der Ablauf nach Atteslander übernommen. Zu Beginn wurden Hypothesen aufgestellt, die in Kapitel 4 vorgestellt wurden. Anschließend folgte die Festlegung der Grundgesamtheit und der Stichprobe, welche in Kapitel 8 genauer dargestellt werden. Das Untersuchungsmaterial, das in diesem Fall aus relevanten Artikeln zum Thema EU-Wahl 2014 in zwei ausgewählten Zeiträumen aus den Zeitungen Der Standard, Die Presse und Kronen Zeitung besteht, wurde auf der Website „wiso-net.de“ ermittelt und heruntergeladen. Als Untersuchungseinheit dienten die einzelnen, als relevant bewerteten Artikel.

„Das Kernstück und zentrales Instrument jeder Inhaltsanalyse ist ihr Kategoriensystem: Jede Analyseeinheit muss kodiert, also in eine oder mehrere Kategorien eingeordnet werden. Kategorien verstehen sich als die mehr oder weniger operati-

onalen Definitionen der Variablen. Die Definition der Kategorien sollte explizit, vollständig und adäquat erfolgen“ (Herkner 1974: 174).

Die meisten dieser Kategorien sind in Nominalskalen konzipiert, können durchaus aber auch höhere Skalenniveaus aufweisen. Sie müssen sich gegenseitig ausschließen und vollständig sein (vgl. ebd.). Sobald das Kategorienschema bestimmt wurde, wird das zu analysierende Format kodiert. Hierbei werden Analyseeinheiten gebildet und kategorisiert.

Die kodierte Information wurde anschließend statistisch anhand der Hypothesen mit Hilfe von Excel und IBM SPSS Statistics 21 ausgewertet und interpretiert, was ebenso im folgenden Kapitel genauer dargestellt wird.

Mit der standardisierten, manuellen Inhaltsanalyse wurden im Zuge dieser wissenschaftlichen Forschung Daten zur EU-Wahl 2014 erhoben. Im Vorfeld der Erhebungen musste ein gemeinsames Codebuch angefertigt werden, welches insgesamt 20 Variablen, unterteilt in „Formale Codiereinheiten“ und „Inhaltliche Codiereinheiten“, umfasst. Die Datenanalyse erfolgte in zwei Erhebungsphasen: Die erste Phase fand von 14.04.2014 bis 27.04.2014 statt, die zweite von 12.05.2014 bis 25.05.2014.

Jede/r Codierer/in erhielt eine Nummer zugeteilt, um später feststellen zu können, ob die Arbeitsaufteilung in etwa gerecht erfolgte. Untersucht wurden die drei Tageszeitungen „Der Standard“, „Die Presse“ und die „Kronen Zeitung“ in den jeweiligen Zeiträumen der Erhebungsphasen.

Um die Artikel auf der Website „wiso-net.de“ – einer Datenbank für Hochschulen, die sämtliche Beiträge von Zeitungen und Magazinen speichert und für StudentInnen zur Verfügung stellt - auszufiltern wurde folgender Suchstring verwendet:

„EU“ AND („Freund“ OR „Karas“ OR „Vilimsky“ OR „Lunacek“ OR „Ehrenhauser“ OR „Stadler“ OR „Mlinar“ OR „Werthmann“ OR „Marschall“ OR „SPÖ“ OR „ÖVP“ OR „FPÖ“ OR „GRÜNE“ OR „NEOS“ OR „Europa Anders“ OR „REKOS“ OR „BZÖ“ OR „EU-Stop“).

Der Titel der Online-Version des Zeitungsartikels wurde eine eigene Variable gewidmet, wobei Untertitel weggelassen wurden. Die Seitenzahl wurde direkt von der wiso-Website übernommen, ebenso die dauerhafte Adresse in Form eines Links. Beinhaltet ein Artikel keinen

der österreichischen SpitzenkandidatInnen zur EU-Wahl und keine der aus Österreich kandidierenden Parteien, dann durfte die Codierung dieses Artikels nach der Variable 6 abgebrochen, und alle weiteren Felder freigelassen werden.

Die Wortanzahl wurde berücksichtigt, um feststellen zu können, wie viel Platz einer bestimmten Partei oder einem Politiker in den untersuchten Zeitungen eingeräumt wurde. Die Variable 8 der Forschung steht für Bilder allgemein, und für Bilder von ausgewählten Politikern, nämlich Freund, Karas, Vilimsky und Lunacek.

Der Hauptakteur ist jener Akteur, der den meisten Raum innerhalb der Berichterstattung einnimmt. Wenn mehrere Akteure ungefähr gleich viel Raum einnehmen, wird der erste von mehreren Akteuren als Hauptakteur für die Variable V9 codiert.

Jede der untersuchten politischen Parteien hat ihre spezifischen Themen, die sich anhand bestimmter Reizwörter identifizieren lassen. Bei der SPÖ wäre das beispielsweise das „Soziale Europa“, also der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und für Mindeststandards, Frauen- und Minderheitenrechte. Aber auch der Kampf gegen Steuerbetrug und für ein genfreies Europa sind zentrale Themenbereiche der SPÖ. Direkte Demokratie wird von Seiten der SPÖ ebenfalls gefordert, sowie mehr Datenschutz, anstelle von zunehmender Überwachung. Die ÖVP ist für ein klares „Nein“ betreffend des Austritts aus der EU. Die Österreichische Volkspartei plädiert für fairen und transparenten Handel und möchte Unternehmen stärken. Regionalförderung ist der ÖVP ebenso ein Anliegen, wie europaweite Volksabstimmungen. Die FPÖ ist für weniger Zentralismus und mehr Selbstbestimmungsrecht der EU-Mitglieder. Auch verbale Entgleisungen von Andreas Mölze, oder aber Aussagen bezüglich Ausländerfeindlichkeit flossen mit in die Erhebungen ein. Die Grünen machten sich unter anderem Steuertransparenz, Klimaschutz, ökologische Landwirtschaft und europaweiten Datenschutz zu ihren Themen. Die Themen der jeweiligen Parteien müssen für eine positive Codierung nicht im Mittelpunkt des Artikels stehen. Einmaliges Ansprechen reicht aus.

Die Variable 11 gibt Aussage darüber, wie häufig eine/r der SpitzenkandidatInnen explizit im Artikel genannt wurde.

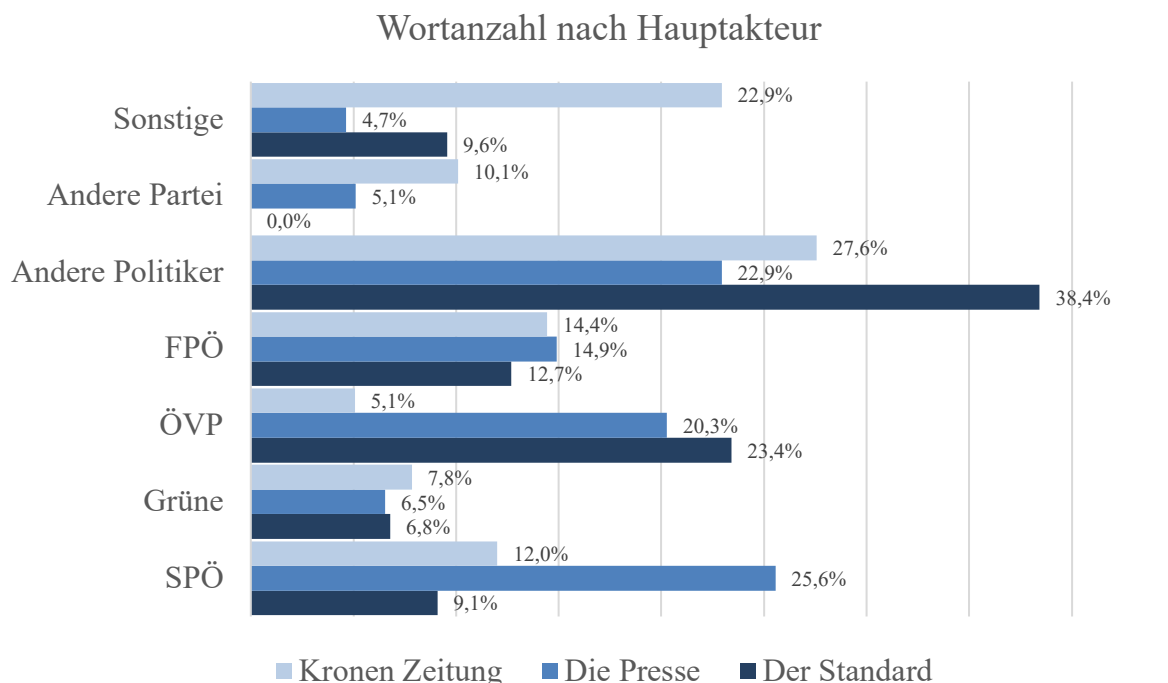
Mit der Variable 12 sollten die Bewertungen von Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) oder Spitzenkandidaten festgehalten werden. Wertende Aussagen mussten explizit stattfinden, durften aber sowohl von dem Medium bzw. dem Journalisten selbst stammen, sowie von anderen Quellen innerhalb des Artikels. Die übrigen Variablen des gemeinsamen Codebuches, wie Privatisierung und Personalisierung, sowie das Erwähnen von QuereinsteigerInnen, Gameframing, Negativismus oder Bewertung, Nutzen und Schaden der EU waren für die Er-

hebungen bezüglich Politischem Parallelismus nicht von Relevanz und werden daher hier nicht näher beschrieben.

## 2. Empirie

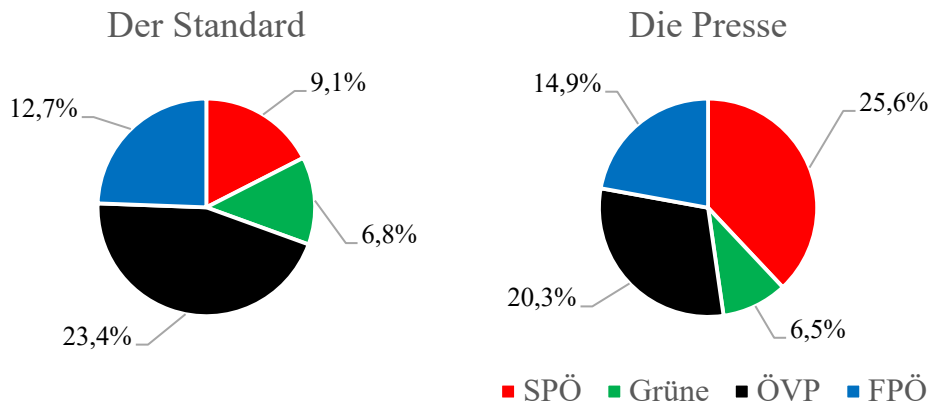
Die in diesem Kapitel vorliegenden Ergebnisse wurden im vorgegebenen Untersuchungszeitraum, im vordefinierten Untersuchungsmaterial, mit dem Codebuch „Manuelle Inhaltsanalyse der Berichterstattung zur EU-Wahl 2014. UE KFOR SoSe 2014. LV-Leiter: Jakob-Moritz Eberl, BA MA“ codiert. Die Artikel in „Der Standard“, „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“ wurden mit Hilfe des vordefinierten Suchstrings in der wiso-Datenbank gesucht. Im Untersuchungszeitraum wurden 350 Artikel (N=350) gefunden und codiert.

Das folgende Balkendiagramm in Abb. 1 zeigt die Ergebnisse zu den Hypothesen H1a-c. Die Prozentwerte entsprechen dem Anteil an Wörtern in Artikeln, in denen eine der vier codierten Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) oder die SpitzenkandidatInnen HauptakteurIn sind. In „Der Standard“ entfallen mit 23 Prozent die meisten Wörter auf Artikel, in denen die ÖVP Hauptakteur ist. Danach folgen FPÖ mit 13 Prozent, SPÖ mit 9 Prozent und Grüne mit 7 Prozent. Dagegen entfallen mit 26 Prozent die meisten Wörter auf Artikel, in denen die SPÖ Hauptakteur ist. Die FPÖ ist sowohl in „Der Standard“ (13 Prozent) und „Die Presse“ (15 Prozent) drittplatzierte Partei.



**Abb. 1:** Wortanzahl nach HauptakteurInnen (Partei + SpitzenkandidatIn) in „Der Standard“, „Die Presse“, „Kronen Zeitung“. „Der Standard“ N=15.454 „Die Presse“ N=35.370 „Kronen Zeitung“ N=15.606.

Die Abb. 2 gibt im Kreisdiagramm eine übersichtlichere Verteilung der Wortanzahl der vier HauptakteurInnen in „Der Standard“ und „Die Presse“.



**Abb. 2:** Wortanzahl nach HauptakteurInnen (Partei + SpitzenkandidatIn) in „Der Standard“ und „Die Presse“ in Prozent.

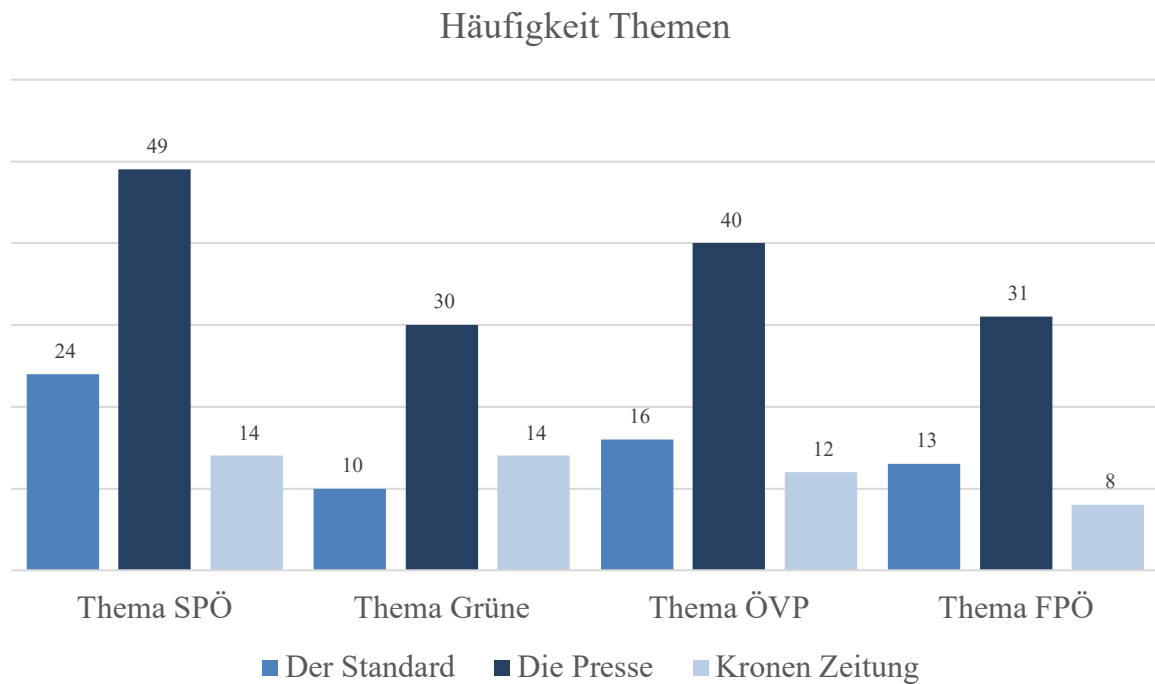
Sowohl Abb. 1 als auch Abb. 2 zeigen, dass „Der Standard“ mehr Wortanzahl ÖVP und FPÖ einräumt als SPÖ und Grüne. ÖVP und FPÖ kommen zusammen auf 36 Prozent, SPÖ und Grüne auf 16 Prozent. „Die Presse“ räumt ebenfalls ÖVP und FPÖ zusammen mehr Wortanzahl ein, als SPÖ und Grüne. ÖVP und FPÖ kommen zusammen auf 35 Prozent und damit fast gleich viel, wie in „Der Standard“. SPÖ und Grüne kommen zusammen auf 32 Prozent und liegen damit knapp hinter ÖVP und FPÖ. Die „Kronen Zeitung“ räumt FPÖ (14 Prozent) und SPÖ (12 Prozent) etwa gleich viel Wortanzahl ein.

**Damit sind die Hypothesen H1b und H1c bestätigt, während H1a nicht bestätigt werden konnte.**

Das folgende Balkendiagramm in Abb. 3 zeigt die Ergebnisse zu den Hypothesen H2a-c. Die Abbildung zeigt die Häufigkeit der Themen nach Partei (SPÖ, ÖVP, FPÖ, Grüne) in den Artikeln zur EU-Wahl 2014 im Untersuchungsmaterial.

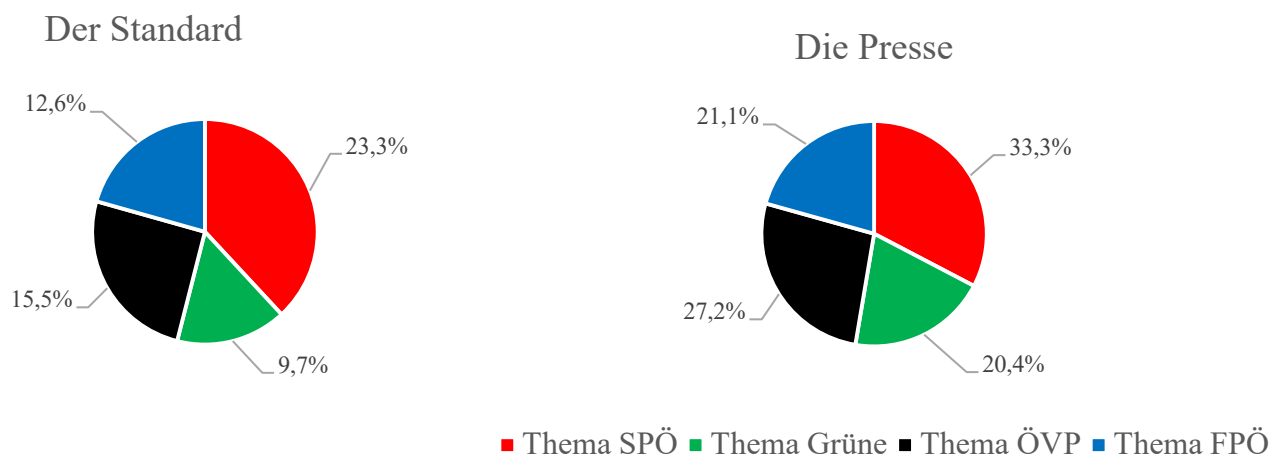
In der Berichterstattung zur EU-Wahl 2014 dominieren in „Der Presse“ die Themen der SPÖ in 49 Beiträgen. Danach folgen ÖVP mit 40, die FPÖ mit 31 und Grüne mit 30 Beiträgen. In „Der Standard“ dominieren, wie auch in „Der Presse“, Themen der SPÖ. In der gleichen Reihenfolge folgen ÖVP mit 16, FPÖ mit 13 und Grüne mit 10 Beiträgen. In der „Kronen Zei-

tung“ kommen SPÖ und Grüne auf gleich viele Beiträge mit ihren Themen. ÖVP kommt auf 12 und FPÖ auf 8 Beiträge.



**Abb. 3:** Häufigkeit der Parteithemen in den Artikeln in „Der Standard“, „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“.

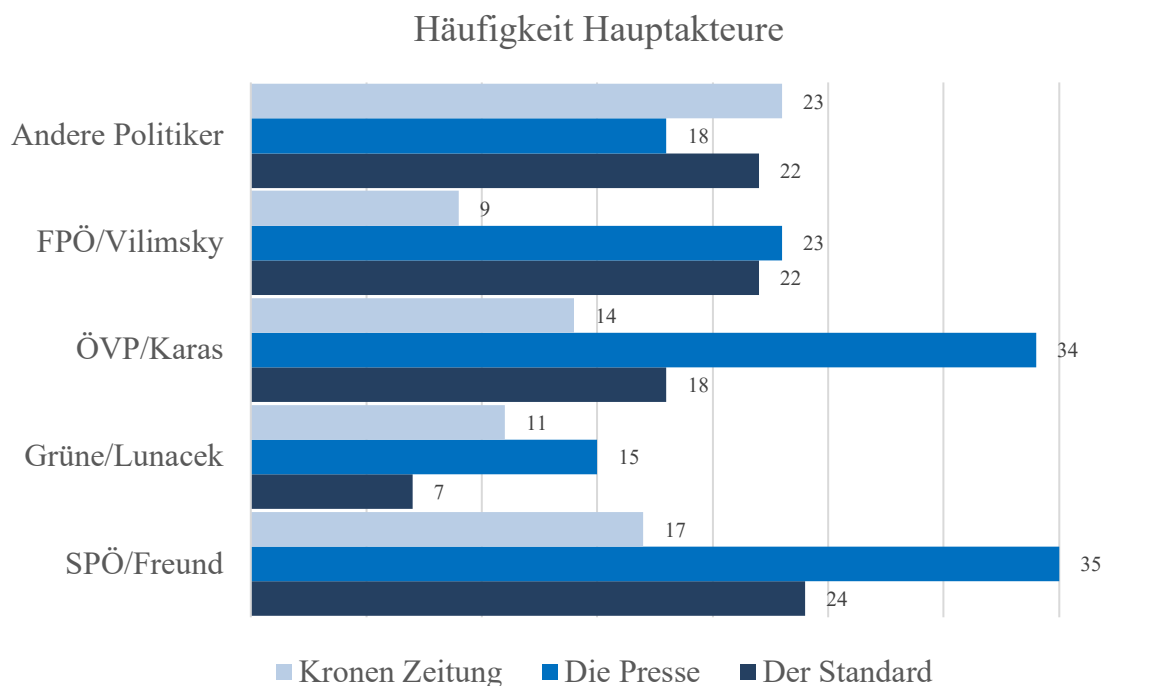
Auch hier ist in Abb. 4 deutlich sichtbar, wie die Häufigkeit nach Themen der Parteien und Tageszeitung sich in den Kreisdiagrammen abzeichnet. Der Prozentwert setzt sich aus den Artikeln zusammen, in denen ein Parteithema vorkommt und das Anzahl der codierten Artikel je Tageszeitung.



**Abb. 4:** Häufigkeit der Parteithemen in den Artikeln in „Der Standard“ und „Die Presse“ in Prozent.

Im Standard entfallen 33 Prozent der Berichte auf Themen der SPÖ und Grüne. Insgesamt 28 Prozent der Beiträge enthalten Themen von ÖVP und SPÖ. In „Der Presse“ beziehen sich 53 Prozent der Berichte auf Themen der SPÖ und Grüne, während sich 48 Prozent auf ÖVP und FPÖ Themen beziehen.

Wie sich die Ergebnisse auf die Häufigkeit nach HauptakteurInnen im Untersuchungsmaterial auswirken, zeigen die Abb. 5 und 6. Damit wird Aufschluss über die Hypothesen H2d-f gegeben. Die Werte in Abb. 5 entsprechen der Anzahl der Artikel, in denen die jeweiligen HauptakteurInnen dominant sind. Die HauptakteurInnen SPÖ und Eugen Freund, ÖVP und Othmar Karas, Grüne und Ulrike Lunacek und FPÖ und Harald Vilimsky wurden jeweils zusammengelegt. Die jeweilige Anzahl der codierten Artikel je Tageszeitung für die Abb. 5 sind „Der Standard“ N=93, „Die Presse“ N=125 und „Kronen Zeitung“ N=74.



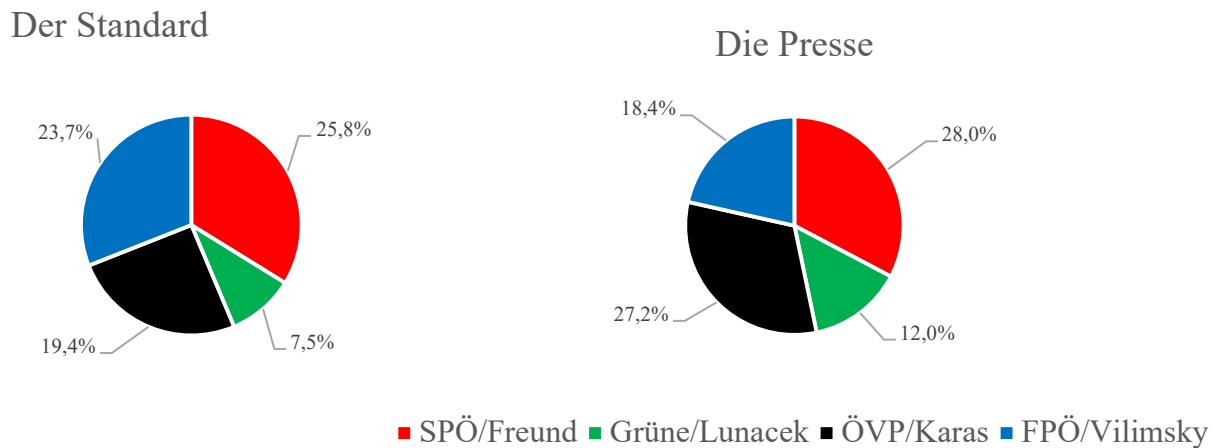
**Abb. 5:** Häufigkeit der Artikel nach HauptakteurInnen (Partei + Spitzenkandidat/in) in „Der Standard“, „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“.

Aus dem Balkendiagramm (Abb. 5) geht hervor, dass „Die Presse“ 35 dominante Beiträge über SPÖ und ihren EU-Spitzenkandidaten Eugen Freund hat. Danach folgen die ÖVP und Othmar Karas mit 34 Beiträgen knapp auf Platz zwei. FPÖ und Vilimsky mit 23, Grüne und Lunacek mit 15 auf Platz drei und vier. Auch in „Der Standard“ dominiert die SPÖ und Freund mit 24 Beiträgen. Dahinter folgen FPÖ und Vilimsky auf Platz zwei mit 22 Beiträgen.



Auf ÖVP und Karas kommen 18 Beiträge, Grüne und Lunacek 7. In der „Kronen Zeitung“ dominieren ebenfalls die SPÖ und Feund mit 17, vor ÖVP und Karas mit 14 Beiträgen. Dahinter sind Grüne und Lunacek mit 11, FPÖ und Vilimsky mit 9 Beiträgen.

Die Abb. 6 zeigt die prozentuelle Verteilung der HauptakteurInnen SPÖ/Freund, ÖVP/Karas, FPÖ/Vilimsky und Grüne/Lunacek nach Artikeln in „Der Standard“ und „Die Presse“.



**Abb. 6:** Häufigkeit der HauptakteurInnen in den Artikeln in „Der Standard“ und „Die Presse“ in Prozent.

Nach HauptakteurInnen liegen ÖVP und FPÖ zusammen mit 43 Prozent vor SPÖ und Grüne, deren HauptakteurInnen zusammen auf 33 Prozent in „Der Standard“ vorkommen. In „Der Presse“ stehen die Hauptakteure der ÖVP und FPÖ, mit 46 Prozent, ebenfalls vor SPÖ und Grüne, die zusammen mit 40 Prozent in der Berichterstattung vorkommen.

**Nach den vorliegenden Ergebnissen der Abb. 3 bis 6 können die Hypothesen H2b und H2d bestätigt werden. Die Hypothesen H2a, H2c, H2e und H2f können nicht bestätigt werden.**

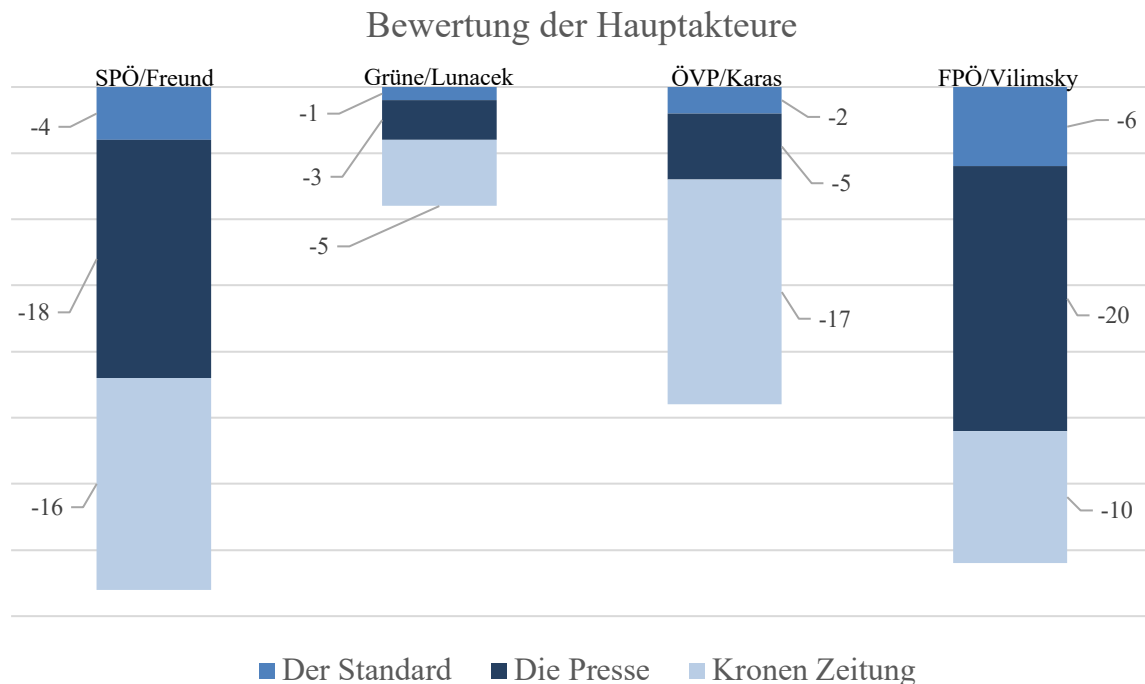
Im Balkendiagramm der Abb. 7 finden sich die Ergebnisse zu den Hypothesen H3a-d. Untersucht wurde die Tendenz der Tageszeitungen „Der Standard“ und „Die Presse“ zur linksliberal politischen und liberal-konservativ politischen Einstellung. Den Ergebnissen liegen negative und positive Berichte über die Hauptakteure SPÖ/Freund, ÖVP/Karas, FPÖ/Vilimsky und Grüne/Lunacek zugrunde. Die Werte basieren auf der Formel Tendenz zum Hauptakteur

(THA) = positive Berichte (pB) – negative Berichte (nB). Die genauen Werte über die negative und positive Berichterstattung finden sich in der Tabelle 3.

	Der Standard		Die Presse		Kronen Zeitung	
	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ	Positiv	Negativ
SPÖ/Freund	0	4	6	24	3	19
Grüne/Lunacek	0	1	5	8	5	10
ÖVP/Karas	2	4	13	18	5	22
FPÖ/Vilimsky	0	6	2	22	1	11

**Tab. 4:** Bewertung der Hauptakteure in den Tageszeitungen „Der Standard“, „Die Presse“ und „Kronen Zeitung“.

In der Berichterstattung aller drei Tageszeitungen herrscht die Tendenz zu negativen Berichterstattung über die politischen HauptakteurInnen vor. Dieses Ergebnis veranschaulicht auch die Abb. 7.



**Abb. 7:** Bewertung der HauptakteurInnen (Partei + SpitzenkandidatIn) in „Der Standard“, „Die Presse“ und „Kronenzeitung“.

Wie in Abb. 7 dargestellt und in Tab. 3 angegeben wurde, weisen die politischen Hauptakteure SPÖ/Freund, ÖVP/Karas und FPÖ/Vilimsky übergreifend in allen drei Tageszeitungen die meisten positiven und negativen Berichte auf. Die Grünen und Lunacek schneiden bei der

Berichterstattung mit 19 negativen und 10 positiven, von insgesamt 29 bewerteten Beiträgen, am besten ab. Die meisten Bewertungen haben die Berichte über ÖVP und Karas. Sie kommen auf 64 Beiträge, von denen 44 negativ und 20 positiv ausfallen. Die SPÖ und Freund kommen zusammen auf 56 bewertete Beiträge, von denen 47 negativ und 9 positiv sind. FPÖ und Vilimsky zählen 42 bewertete Beiträge, von denen 39 negativ und 3 positiv sind.

In allen drei Tageszeitungen wurden mehr negative Berichte über die politischen AkteurInnen der ÖVP und FPÖ gezählt, als über die der SPÖ und Grüne. In Bezug auf Zusammenhängen zwischen den Parteien und den politischen Ideologien (linksliberal und liberal-konservativ) der ausgewählten Tageszeitungen ergeben sich folgende Schlüsse über die Hypothesen H3a-d.

**Nach den vorliegenden Ergebnissen der Tab. 3 und Abb. 7 können die Hypothesen H3a und H3b bestätigt werden. Die Hypothesen H3c und H3d können nicht bestätigt werden.**

### 3. Quellenverzeichnis

#### **Primärquellen**

Hallin, D. C./Mancini, P. (2004): *Comparing Media Systems: Three Models of Media and Politics*. Cambridge: Cambridge University Press.

Seymour-Ure, C. (1974): *The Political Impact of Mass Media*, Constable.

Van Kempen, H. (2007): *Media-Party Parallelism and its Effects: A Cross-National Comparative Study*. *Political Communication*: 24(3), 303-320.

Schulz, W. (2011): *Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Nationalratswahlkampf 2008

Lengauer, G./Vorhofer, H. (2010): *Wahlkampf am und abseits des journalistischen Boulevards: Redaktionelle Politikvermittlung im Nationalratswahlkampf 2008*. In: F. Plasser: *Politik in der Medienarena: Praxis politischer Kommunikation in Österreich* (S. 145-240). Wien: Facultas Verlag.

Kritzinger, S./Müller, W, C./Schönbach K. (Hg.): (2014) *Die Nationalratswahl 2013: wie Parteien, Medien und Wählerschaft zusammenwirken*. Wien: Böhlau.

#### **Sekundärquellen:**

Blum, R. (2005): *Bausteine zu einer Theorie der Mediensysteme*. In: *Kommunikations- und Medienwissenschaft zwischen theoretischer Grundlegung und Anwendungsorientierung*. *Medienwissenschaft Schweiz – Science des mass medias Suisse*, 2, 5-10.

Hagen, L. M. (1993): *Opportune witnesses. An analysis of balance in the selection of sources and arguments in the leading German newspapers' coverage of the census issue*. In: *European Journal of Communication*, 8, 317-343.

Holtz-Bacha, C. (2010): *Die Massenmedien im Wahlkampf. Das Wahljahr 2009*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Holtz-Bacha, C./ Zeh, R. (2012): *Alltag, Skandal, Krise. Wie Politik kommuniziert*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.

Kepplinger, H. M. (1985): *Die aktuelle Berichterstattung des Hörfunks. Eine Inhaltsanalyse der Abendnachrichten und politischen Magazine*. Freiburg/München: Alber.

Jundura, Olaf/Großmann, Heike (2003): *Synchronisation von Nachricht und Kommentar in der Wahlkampfberichterstattung. Inhaltsanalyse zur Bundestagswahl 1998*. In: *Dons-*

- bach, Wolfgang/Jundura, Olaf (Hrsg.): Chancen und Gefahren der Mediendemokratie. Konstanz: UVK, 2001-211.
- Lüter, A. (2004) Politische Profilbildung jenseits der Parteien? Redaktionelle Linien in Kommentaren deutscher Qualitätszeitungen. In: C. Eilders, F. Neidhardt, B. Pfetsch (Hrsg.): Die Stimme der Medien. Pressekommentare und politische Öffentlichkeit in der Bundesrepublik (S. 167-195). Wiesbaden: VS Verlag.
- Lüter, A. (2008): Die Kommentarlage: Profilbildung und Polyphonie in medienöffentlichen Diskursen (S. 76f & 132). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Patterson, T. E./Donsbach, W. (1996): News Decisions: Journalists as Partisan Actors. Political Communication 13(4), 455-548.
- Picker, R./Zeglovits, E. (2005): Europa-Wahlkampf in Österreich; In: J. Tenscher (Hg.): Wahl-Kampf um Europa. Analysen aus Anlass der Wahlen zum Europäischen Parlament 2004 (S. 234-251). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaft.
- Seethaler, J./Melischek, G. (2006): Die Pressekonzentration in Österreich im europäischen Vergleich. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 35(4), 337-360.
- Wessels, W. (2008): Das politische System der Europäischen Union. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

### **Online-Quellen:**

- Arendt, Florian (2010): Wie wirkt die Krone? in: Medienimpulse: Ausgabe 2/2010 <http://www.medienimpulse.at/articles/view/210>, (12.06.2013).
- Eurotopics (2014): Medienindex, in: [http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media\\_articles/?frommedia=309](http://www.eurotopics.net/de/home/medienindex/media_articles/?frommedia=309) (01.04.2014).
- Wikipedia (2014): Europawahl in Österreich, in: [http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl\\_in\\_%C3%96sterreich\\_2014](http://de.wikipedia.org/wiki/Europawahl_in_%C3%96sterreich_2014) (01.04.2014).
- Brandl, Angela (2012): Die Europawahl 2009 in Österreich, in: [http://othes.univie.ac.at/18355/1/2012-01-26\\_0200948.pdf](http://othes.univie.ac.at/18355/1/2012-01-26_0200948.pdf) (01.04.2014).

## Tabellenverzeichnis

**Tab. 1:** Blattlinien von „Der Standard“ und „Die Presse“ (Eurotopics 2014). Blattlinie Kronen Zeitung, (Arendt, Florian „Wie wirkt die Krone?“, Ausgabe 2/2010 12.06.2013 <http://www.medienimpulse.at/articles/view/210>).....

**Tab. 2:** Die untersuchten Parteien.....

**Tab. 3:** “Models of Media and Politics” – Merkmale des Mediensystems (Hallin/Mancini 2004: 67).....

**Tab. 4:** Bewertung der Hauptakteure in den Tageszeitungen Der Standard, Die Presse und Kronen Zeitung.....

## Abbildungsverzeichnis

**Abb. 1:** Wortanzahl nach Hauptakteur (Partei + Spitzenkandidat/in) in Der Standard, Die Presse, Kronen Zeitung. Der Standard N=15.454 Die Presse N=35.370 Kronen Zeitung N=15.606.....

**Abb. 2:** Wortanzahl nach Hauptakteur (Partei + Spitzenkandidat/in) in Der Standard und Die Presse in Prozent.....

**Abb. 3:** Häufigkeit der Parteithemen in den Artikeln in Der Standard, Die Presse und Kronen Zeitung.....

**Abb. 4:** Häufigkeit der Parteithemen in den Artikeln in Der Standard und Die Presse in Prozent.....

**Abb. 5:** Häufigkeit der Artikel nach Hauptakteuren (Partei + Spitzenkandidat/in) in Der Standard, Die Presse und Kronen Zeitung.....

**Abb. 6:** Häufigkeit der Hauptakteure in den Artikeln in Der Standard und Die Presse in Prozent.....

**Abb. 7:** Bewertung der Hauptakteure (Partei + Spitzenkandidat/in) in Der Standard, Die Presse und Kronenzeitung.....